

STELLUNGNAHME zum Ergänzungsantrag KULT -Gemeinderatsfraktion vom: 17.03.2015 eingegangen: 17.03.2015	Gremium:	10. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	24.03.2015 2015/0162 15 öffentlich Dezernat 3
Evaluation des Betreuungsbedarfes für Kinder in Karlsruhe		

- Kurzfassung -

Durch das neue Anmeldeverfahren smartKITA werden in wenigen Monaten die ersten Daten über die Nachfrage- und Belegungssituation in den Kindertagesstätten vorliegen. Eine gesonderte Elternbefragung ist nicht notwendig.

Über die Ergebnisse des Anmeldeverfahrens wird im Jugendhilfeausschuss berichtet. Zum Betreuungsbedarf von Grundschulkindern ist im Herbst 2015 eine Umfrage ins Auge gefasst.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel		Kontenart:			
Kontierungsobjekt:		Ergänzende Erläuterungen:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Eine jährliche Elternbefragung zum Betreuungsbedarf von Kindern im Vorschulalter ist nicht erforderlich, da sich ein Abgleich zwischen Angebot und Nachfrage im Bereich der Kindertagesbetreuung über das onlinebasierte Such- und Anmeldesystem für Kindertageseinrichtungen (smartKiTA) herstellen lässt.

Alle 189 im Stadtgebiet Karlsruhe vorhandenen Kindertageseinrichtungen sind zur Teilnahme an smartKiTA verpflichtet. Sämtliche Platzvormerkungen und die anschließende Platzvergabe laufen seit der Inbetriebnahme im Januar 2014 über das System. Das Hauptvergabeverfahren für Plätze für das jeweils kommende Kindergartenjahr (Start 1. September) findet in den Monaten März und April statt. Im Jahr 2015 wird das Hauptvergabeverfahren am 27. April 2015 abgeschlossen sein.

Derzeit sind in smartKiTA alle Anträge auf einen Betreuungsplatz registriert, die seit Januar 2014 getätigt worden sind. Zudem erarbeitet die Stadtverwaltung derzeit gemeinsam mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen ein Verfahren zum Einpflegen derjenigen Kinder ins System, die bereits vor Januar 2014 einen Betreuungsplatz hatten. Sobald dieser Schritt erfolgt sein wird, kann ein Abgleich zwischen dem vorhandenen Platzangebot und den Kindern mit einem unterzeichneten Betreuungsvertrag generiert werden.

Doch auch vor dem Einpflegen der Bestandskinder ist es jederzeit möglich, verschiedene Datenabfragen über das System zu erstellen, gegebenenfalls ergänzt durch weitere statistische Daten, die der Jugendhilfeplanung vorliegen. Systemseitige Datenabfragen können unter vielfältigen Kriterien erfolgen (z. B. nach Alter der Kinder, Zeitraum der Anfrage oder Stadtteil). Außerdem führt die Sozial- und Jugendbehörde jedes Jahr zum Stichtag 1. März eine statistische Erhebung zur Situation der Kindertagesbetreuung bei allen Karlsruher Kindertageseinrichtungen durch. Dort wird beispielsweise abgefragt, in welchem Verhältnis die vorhandene Platzkapazität zur Belegung steht.

Vor dem dargestellten Hintergrund sieht die Stadtverwaltung keine Notwendigkeit, eine aufwändige und womöglich kostspielige gesonderte Elternbefragung zum Betreuungsbedarf von Kindern im Vorschulalter durchzuführen.

Sobald das Hauptvergabeverfahren für das Kindergartenjahr 2015/2016 abgeschlossen und die Jahresstatistik ausgewertet sein wird, erfolgt hierüber ein Bericht im Jugendhilfeausschuss.

Im November 2010 hat das Amt für Stadtentwicklung eine Umfrage zum künftigen Betreuungsbedarf von Grundschulkindern durchgeführt. Befragt wurden alle Eltern, deren Kinder eine Karlsruher Kindertageseinrichtung besuchten und voraussichtlich im Schuljahr 2011/12 eingeschult werden. Im Januar 2011 wurde die Umfrage ergänzt um Eltern von Kindern aus Grundschulförder- oder Präventivklassen. Insgesamt wurden 2.514 Fragebögen verteilt. Der Rücklauf lag bei 1.621 Fragebögen, was einer Quote von 64,5 % entspricht.

Im Hinblick auf den steigenden Betreuungsbedarf wurde vom Oberbürgermeister der Planungsauftrag zur Entwicklung integrativer Ganztagsangebote für Schulkinder – vor-

wiegend Grundschulkindern – erteilt, da ein bedarfsgerechter Ausbau der Schülerhorte allein nicht möglich gewesen wäre und als Ergebnis der Befragung auch deutlich Ganztagschule gewünscht wurde. Der Projektauftrag wurde federführend vom Schul- und Sportamt und der Sozial- und Jugendbehörde bearbeitet.

Ergebnis war die von der Verwaltung, den beteiligten Institutionen und Akteurinnen und Akteuren und Ämtern erarbeitete Rahmenkonzeption und Förderrichtlinie für Ganztagsgrundschulen, die am 19. November 2013 vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Grundsätzlich soll zukünftig die Ganztagschule das Regelangebot darstellen und langfristig an jeder Grundschule angeboten werden. Ergänzend wird durch kommunale Unterstützung ein hortähnlicher Rahmen geschaffen, der eine Abdeckung von 7:30 – 17/17:30 Uhr inklusive sieben Wochen Ferienbetreuung bietet, um den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Eine erneute und jährlich zu wiederholende Elternbefragung ist weder sinnvoll noch notwendig.

Durch den Ausbau des Ganztagschulangebotes wird ein flächendeckendes Angebot geschaffen, das bedarfsorientiert reagieren kann. Die Ganztagsgrundschulen bieten grundsätzlich den Eltern die Möglichkeit, ihr Kind für einen Ganztagsschulplatz anzumelden. Entsprechend dieser Anmeldezahlen wird das Lehrpersonal und ergänzendes Betreuungspersonal vorgesehen.

Bisher werden auch jetzt schon jährlich von Bildungsplanung und Jugendhilfeplanung stadtteilbezogen anhand von Bedarfsabfragen über die Schulen und Hortanmeldungen Betreuungsbedarfe ermittelt und bei zu erwartenden Betreuungsengpässen mit den beteiligten Akteuren Lösungsstrategien erarbeitet. Dabei zeigt sich allerdings auch deutlich, dass der rechnerische Bedarf häufig nicht mit dem realen Bedarf übereinstimmt.

Sinnvoll sein könnte eine erneute Befragung in größerem Abstand, die als Grundlage zum weiteren Ausbau des Ganztagschulangebotes und vor allem zur Weiterentwicklung des Basisangebotes Ganztagschule nach städtischem Modell dient.